

Jakob Augstein Im Zweifel links

Mogeln?



Deutschland erlebt in diesen Tagen die doppelte Merkel. In der Flüchtlingskrise ist ihre Rede klar und deutlich – wie es in der Bergpredigt heißt: „Ja, ja.“ Aber ihre Politik entspricht der Fortsetzung des Matthäus-Zitats: „Nein, nein.“

Dass die deutsche Kanzlerin weltweit gefeiert wurde, verdankt sie einer einsamen Entscheidung: Am 5. September verhalf Angela Merkel den Flüchtlingen in Ungarn zur Weiterreise, überraschend, wie einst Günter Schabowski: „Das trifft nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“

Sie hat sich dadurch in eine sonderbare Lage gebracht. Ihre Gegner haben sie dafür geküsst, ihre eigene Partei schlägt sie. Die Kanzlerin wird von der Opposition gelobt, von vielen Wählern gescholten. Und 34 Parteifunktionäre schrieben einen offenen Brief: „Die gegenwärtig praktizierte ‚Politik der offenen Grenzen‘ entspricht weder dem europäischen oder deutschen Recht, noch steht sie im Einklang mit dem Programm der CDU.“ Nicht nur für die Verhältnisse der CDU ist das starker Tobak.

Merkel sagt: „Wir schaffen das.“ Für die Frage, die in der CDU rumort – „Wollen wir das?“ –, fehlt der Pragmatikerin das Verständnis. Aber Deutschland begreift sich nicht als Einwanderungsland. Merkel selbst hat im Juni 2000 Rita Süsmuth in den Senkel gestellt, weil diese an einem Einwanderungsgesetz mitwirken wollte.

In Deutschland ist die Angst vor den Fremden groß und vor dem Islam noch größer. Da wird jetzt ein Murren laut, das kann noch zum Getöse werden. CDU-Vize Thomas Strobl schreit schon im Bundestag: „Die Gesetze macht bei uns in Deutschland nicht der Prophet, die macht bei uns in Deutschland das Parlament.“ Und als gäbe es weder Pegida noch NPD, illustriert die ARD ihren „Brennpunkt“ mit einer elenden Montage: Minarett über Berlin-Mitte und Merkel mit Tschador.

In dieser Lage gibt Merkel die paradoxe Kanzlerin: Bei Anne Will sagt sie, sie werde sich nicht beteiligen an einem „Wettbewerb, wer ist am unfreundlichsten zu Flüchtlingen, und dann werden sie schon nicht kommen“. Und sie sagt: „Wir können die Grenzen nicht schließen. Wenn man einen Zaun baut, werden sich die Menschen andere Wege suchen. Es gibt den Aufnahme-stopp nicht.“

Klug und vernünftig. Allein – die Politik der Bundesregierung ist eine andere. Sie setzt auf Abschreckung und Abschottung. Schon im Sommer wurde bestimmt: Wer den Behörden falsche Angaben macht, wer keinen Pass besitzt, wer einen Schlepper bezahlt hat, kann inhaftiert werden. Und weiter: Bald sollen Flüchtlinge bis zu einem halben Jahr in den Erstaufnahmeeinrichtungen festgehalten werden. Asylbewerber sollen möglichst kein Bargeld mehr erhalten. Im Inland werden die Schrauben angezogen. Und gleichzeitig sollen die Außengrenzen Europas wieder festgemacht werden.

„Der Herrgott hat uns diese Aufgabe jetzt auf den Tisch gelegt“, hat Angela Merkel gesagt. Stellt sie sich dieser Aufgabe? Nein. Merkel mogelt. Nobel ist das nicht.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Jakob Augstein im Wechsel.

Europol Warnung vor „Datenkrake“

Zur Terrorabwehr sollen Sicherheitsbehörden in der Europäischen Union in Zukunft einfacher und schneller Datensätze über Fluggäste untereinander austauschen können. Eine zentrale Rolle soll dabei die europäische Polizeibehörde Europol einnehmen. Das geht aus einem vertraulichen Papier aus dem Büro von Donald Tusk hervor, dem Präsidenten des Europäischen

Rates. Noch sind allerdings nicht alle EU-Staaten mit dem Vorschlag einverstanden. Derzeit plant Europol den Aufbau eines Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung. Kritiker wie Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der Linken und Experte für europäische Innenpolitik, warnen davor, dass sich Europol zur „Superbehörde“ und zu einer „Datenkrake“ entwickle. Die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten stünden dazu „in keinem Verhältnis“. jös, mkn

Verteidigung Manöver am Atomwaffen-Depot

Am Fliegerhorst Büchel in der Eifel, wo US-Atomwaffen lagern, sollen in der kommenden Woche Nato-Kampfflugzeuge trainieren. Beteiligt sind auch jene Staaten, die Trägerflugzeuge für den Einsatz von US-Kernwaffen bereitstellen. Der Luftraum über



„Tornado“-Kampfflugzeug

dem Flugplatz ist zeitweise für die zivile Luftfahrt gesperrt. Das Verteidigungsministerium lässt offen, ob es sich um eine Atomwaffen-Übung handelt. Es gehe „um die reibungslose Zusammenarbeit der teilnehmenden Luftfahrzeugbesatzungen und des technischen Personals bei komplexen und fordernden Missionen“, hieß es lediglich in der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage aus der Grünen-Fraktion im Bundestag. Aus einem Nato-Dokument geht jedoch hervor, dass die jährliche Atomwaffenübung der Allianz „Steadfast Noon“ ebenfalls in der kommenden Woche geplant ist. gt, ona

CDU Einwanderungs- gesetz unerwünscht

In der CDU regt sich Widerstand gegen ein Einwanderungsgesetz, das die Führung auf dem Parteitag im Dezember als offizielles Ziel im Programm verankern will. Der fast 17 000 Mitglieder starke Bezirksverband Niederrhein verlangt, einen entsprechenden Satz in dem Antrag einer Kommission unter Parteivize Armin Laschet zu streichen. Die umstrittene Passage enthält das heikle Wort Einwanderungsgesetz schon gar nicht mehr, sondern fordert nur, dass die Zuwanderungsregeln „widerspruchsfrei und bes-

ser miteinander verknüpft“ und „in einem Gesetz zusammengeführt“ werden. Doch auch dies geht dem Bezirksverband Niederrhein unter Führung von Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, zu weit: Es sei „eine leichtsinnige Annahme und nicht begründbare Hoffnung“, heißt es in einem Änderungsantrag, dass eine solche Reform „eine bloße Zusammenfassung“ der geltenden Regeln brächte. Eher sei zu befürchten, dass die Zuwanderung dann „so ausgeweitet würde“, dass Menschen „auch in die Arbeitslosigkeit in Deutschland zuwandern dürften“. ama